der WELLENBRECHER

DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG

Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE.Nordwestmecklenburg — Ausgabe 20 - Nr. 3 / 2014

Kommunalwahl 2014

Zum Ausgang der Wahlen

Wie hat der Kreisverband bei den Europa– und Kommunalwahlen abgeschnitten? Zahlen und Wertungen auf Seite 1 bis 3

Viele Aktionen im April und Mai

Ob Ostermarsch, Gedenkveranstaltungen, Maifeiern, Frühlingsfeste - der Kreisverband hatte keine Frühjahrsmüdigkeit Seite 4-7

Wir möchten DANKE sagen!

DANKE an allen unseren Wählerinnen und Wählern, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, Unterstützerinnen und Unterstützern. Danke an die vielen Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei, die auf unserer Liste für die Gemeinde, der Bürgerschaft, als Bürgermeister oder für den Kreistag kandidiert haben.

Vor allem DANKE an unseren Landratskandidaten Björn Griese, der mit einem beachtlichen Ergebnis von 15,7 % der Stimmen den 3. Platz nach Kerstin Weiss (SPD) und Gerhard Rappen (CDU) belegt hat.

Unser Kreisverband DIE LINKE hat bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen, der Bürgerschaft und dem Kreistag die Ergebnisse aus der letzten Kommunalwahl halten können. Sehr erfreulich ist die Tatsache, dass wir mit Joachim Wölm, zukünftiger Bürgermeister in Bad Kleinen und Eckhardt Stelbrink, zukünftiger Bürgermeister in Zurow zwei weitere Bürgermeister im Landkreis Nordwestmecklenburg stellen können. Heidrun Teichmann wurde in der Gemeinde Neuburg erneut als Bürgermeisterin wiedergewählt. An dieser Stelle möchten wir ihnen ganz herzlich gratulieren.

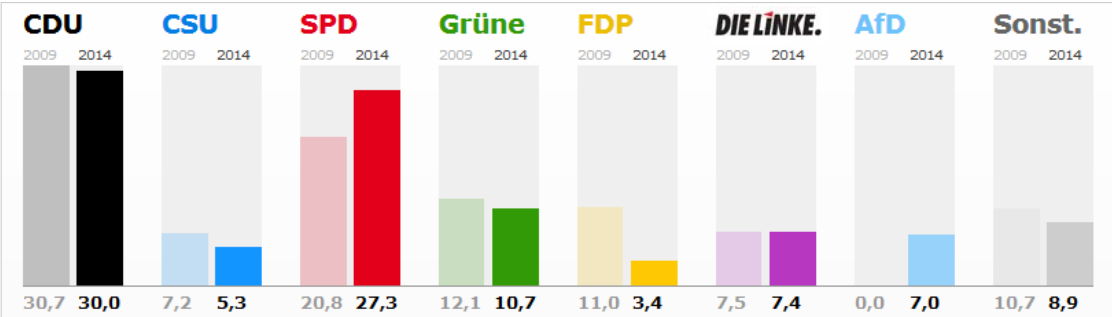
Danke möchten wir auch an den bisherigen Bürgermeister von Schönberg, Michael Heinze sagen, der in den letzten Jahren vieles durchgemacht hat und erfolgreich als Bürgermeister für die Menschen vor Ort tätig war. Leider wurde Michael Heinze als Bürgermeister nicht wieder gewählt.

Mit einem sehr engagierten Wahlkampf über viele Wochen haben wir mit 18,0 Prozent ein gutes Ergebnis in Nordwestmecklenburg erzielt. Damit stellen wir, wie bisher auch, 11 Abgeordnete im neuen Kreistag Nordwestmecklenburg.

Im Namen des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg gratuliere ich den gewählten Kreistagsmitgliedern, den vielen Gemeindevertretern und Bürgerschaftsmitgliedern zu ihrer Wahl.

Nun geht es darum, unser Wahlprogramm in die Tat umzusetzen. Dafür wünsche ich uns allen viel Erfolg.

Roy Rietentidt, Kreisvorsitzender



7,4 Prozent der Wählerstimmen und 7 Abgeordnete für das neue Europaparlament - Gabi Zimmer, Thomas Händel, Cornelia Ernst, Helmut Scholz, Sabine Lösing, Fabio De Masi und Martina Michels -, das ist die Bilanz der LINKEN nach einem langen Wahlabend. Ein prozentuales Minus von 0,1 Prozentpunkten, doch ein realer Zuwachs von mehr als 200.000 Stimmen.

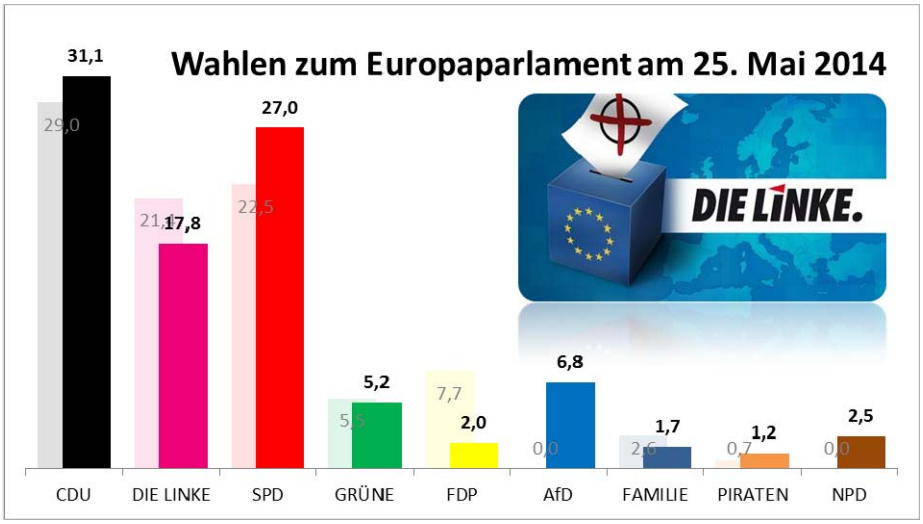
7,4 % und 7 Mandate für DIE LINKE

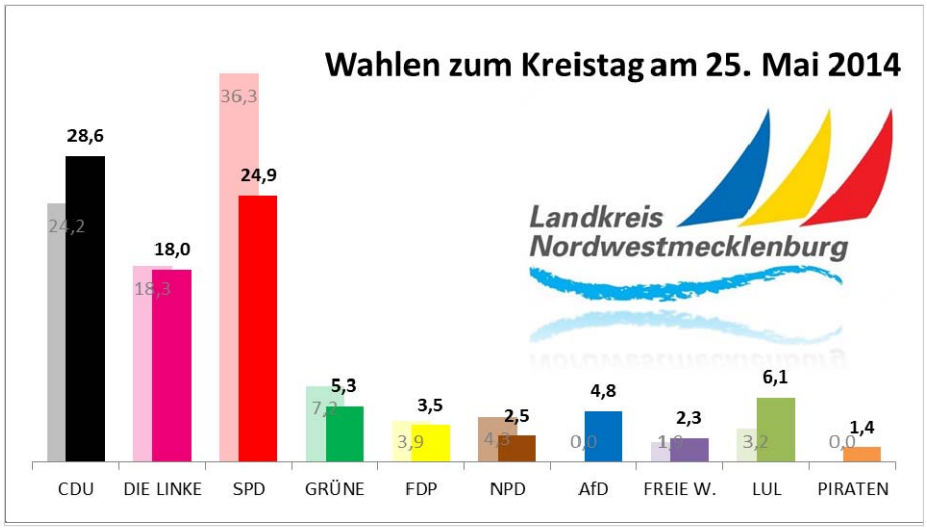
Die Union hat die Europawahl in Deutschland trotz Verlusten gewonnen. Sie kommt auf 35,3 %. Die SPD legt auf 27,3 % zu. Die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) schaffte aus dem Stand mit 7,0 Prozent den Einzug ins Europaparlament. Die Grünen lagen bei 10,7 Prozent, DIE LINKE erreichte 7,4 Prozent. Die FDP rutschte auf 3,4 Prozent ab – nach 11,0 Prozent 2009. Dennoch ist sie im neuen Europaparlament vertreten, weil es dort keine Mindesthürde gibt. Auch die rechtsextreme NPD kann dem ZDF zufolge einen Vertreter ins Europaparlament entsenden. Die Wahlbeteiligung lag mit 48,0 Prozent höher als 2009 mit 43,3 Prozent.

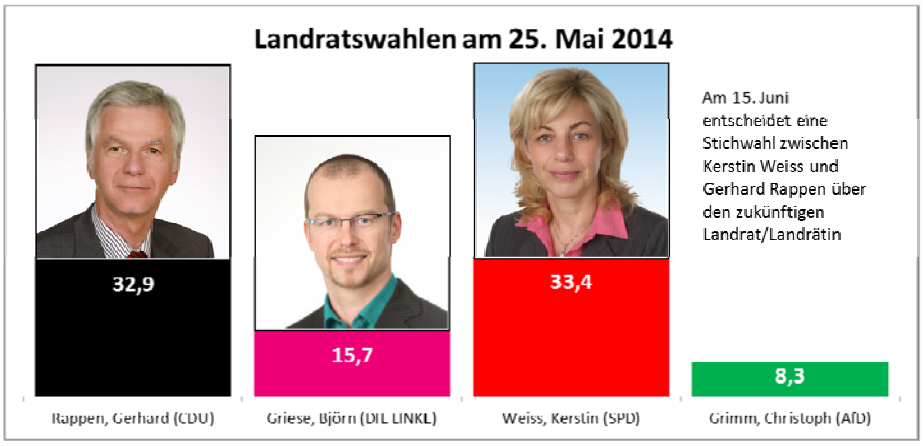
Angesichts einer um etliche Prozentpunkte höheren Wahlbeteiligung hat DIE LINKE gegenüber 2009 bei den absoluten Wählerstimmen zugelegt. Bernd Riexinger:

“Das ist ein Grund zur Freude und ein Grund zum Feiern. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland haben ein starkes und unübersehbares Signal für ein soziales Europa gesetzt. Dafür danken wir ihnen. Wir sind unter unserem Ergebnis bei der Bundestagswahl geblieben. Das ist ein kleiner Wermutstropfen. Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern, den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern.”

Gabi Zimmer, Katja Kipping, Bernd Riexinger und Matthias Höhn haben auf einer Pressekonferenz eine erste Bilanz der Europa- und Kommunalwahlen am gestrigen Sonntag gezogen. Sie würdigten, dass die LINKEN in ganz Europa zulegen konnten. Die Erfolge der Rechtspopulisten in verschiedenen europäischen Staaten sehen sie mit großer Sorge.







Nach den Wahlen ist vor den Wahlen!

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis haben ihre Stimme abgegeben: für einen neuen Landrat, für den Kreistag und für Europa, die Einwohner von Wismar für die Bürgerschaft der Hansestadt.

Die Partei DIE LINKE zeigt mit 18% (18,6% in Wismar) einen stabilen Zuspruch der Anhänger ihrer Politikangebote.

Auch das Ergebnis für unseren Landratskandidaten ist mit 15,7% sehr beachtlich. Hier wird es eine Stichwahl geben zwischen SPD und CDU, für die DIE LINKE nicht zum Nulltarif zu gewinnen sein wird.

Allen Kandidaten und Kandidatinnen sowie den vielen Wahlkämpfern in unserem Kreisverband sei auf diesem Wege gedankt. Wir können unser Ergebnis als einen Erfolg ansehen! Denn die Angebote für Wählerinnen und Wähler sind vielfältig, auch die Angebote für Verdrossene.

Neben den etablierten Parteien sind jetzt sowohl in den Kreistag als auch in die Bürgerschaft der Hansestadt Vertreter der Piraten, des AfD und der NPD gewählt worden. Insbesondere die beiden letzteren zeigen Zuwächse an Wählern, die eindeutig Ängste vor Europa und Zuwanderung reflektieren und deutlich machen, dass viele Leute den Möglichkeiten des demokratischen Mitgestaltens nicht mehr viel zutrauen. Dies sollte uns Anlass sein im Kreistag und in der Bürgerschaft noch viel intensiver und kontinuierlich Bürgerbeteiligungen zu ermöglichen sowie konkrete Gestaltungsvorschläge einzubringen, Verwaltungsvorgänge transparenter und unsere Politikangebote bekannt zu machen. Nur so werden Zuwächse bei den nächsten Wahlen möglich sein.

Dazu wünschen wir unseren gewählten Vertretern viel Kraft und Erfolg und wissen, dies ist eine permanente Aufgabe für den gesamten Kreisverband, ...denn nach den Wahlen ist vor den Wahlen.

Marion Wienecke

In eigener Sache:

Die Redaktion möchte Dank sagen an die vielen Autoren und besonders an die Hobbyfotografen. Stellvertretend sollen genannt werden: Jörg Möller, Peter Vorbau, Thomas Konieczny, Björn Griese, Thomas Pagels und Ute Spriewald. Weitaus mehr Fotos von den Veranstaltungen und Aktionen findet ihr auf der Homepage des Kreisverbandes.

Ein Wort an die wieder und neu gewählten Mandatsträger. Nutzt die Homepage und den Wellenbrecher um von euren Aktivitäten in den Städten, Gemeinden und im Kreis zu informieren!

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

es ist geschafft. Die Kommunal- und Europawahlen liegen hinter uns und für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer kann etwas Ruhe einziehen. Ich möchte euch ganz persönlich für die große Bereitschaft, Unterstützung und für den kraftraubenden Wahlkampf in Nordwestmecklenburg danken.

Ich weiß, wie anstrengend diese Zeit für uns gewesen ist und ich weiß auch, dass eurer Einsatz nicht selbstverständlich ist. Ihr habt nach der Arbeit, an Wochenenden und am Abend für eine Kommunal- und Europapolitik, in der DIE LINKE eine starke Stimme haben wird, plakatiert, gesteckt, diskutiert. Danke, liebe Freunde.

Eure Simone Oldenburg

Liebe Wählerinnen und Wähler,

vielen Dank für die große Unterstützung, sowohl bei der Kreistags- als auch bei der Bürgermeisterwahl. Ich war sichtlich überrascht über den großen Zuspruch vor allem in der Gemeinde. Natürlich werde ich die Aufgabe, Bürgermeister eines Ortes mit fast 4000 Einwohner zu sein, an und bin mir der großen Verantwortung bewusst. Was uns als Ortsverein der LINKEN doch ein wenig überrascht und natürlich sehr gefreut hat, ist die Tatsache, dass wir mit über 31 Prozent der Stimmen stärkste Fraktion sind und fünf Mandate plus Bürgermeister in der Gemeindevertretung stellen. Das zeugt von einer stabilen und überzeugenden Politik unserer Partei in der Kommune. Auch dafür an alle Mitstreiter meinen persönlichen Dank.

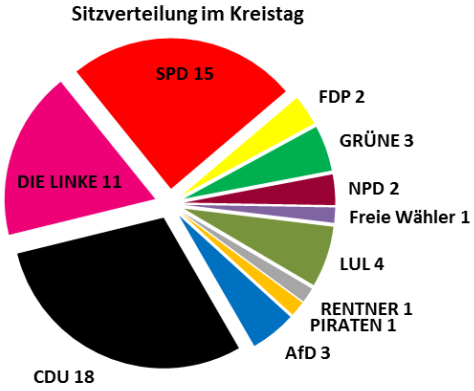
Joachim Wölm

Wir können zufrieden sein, aber...

Insgesamt können wir mit den Ergebnissen der Kommunalwahl in Nordwestmecklenburg zufrieden sein. Bei der Kreistagswahl konnten wir unser Ergebnis von 2011 fast halten. Wir erhielten 33.013 Stimmen, was 18% an den Gesamtstimmen entspricht - das sind ca. 3.000 Stimmen bzw. 0,3%-Punkte weniger als 2011. Wir stellen damit erneut elf Kreistagsmitglieder. Die SPD verliert hingegen gleich sieben Mandate (15), die CDU gewinnt drei hinzu (18). Kompliziert wird jedoch die weitere Zergliederung des Kreistages die zukünftige Arbeit machen: 4 Sitze: LUL, je 3 Sitze: Grüne und AfD, je 2 Sitze: FDP und NPD, je 1 Sitz: Freie Wähler, Piraten, Rentner. SPD, LINKE und Grüne kommen zusammen auf 29 der 61 Sitze.

Erfreulich sind natürlich die erfolgreichen Bürgermeisterwahlen in Bad Kleinen (Achim Wölm), Neuburg (Heidi Teichmann) und Zurow (Ecky Stelbrink). In Schönberg (Michael Heinze), Warin (Andreas Spriewald) und Krusenhagen (Thomas Baudis) konnten wir leider diesbezüglich unsere Erwartungen nicht erfüllen.

Für die Bürgerschaftswahl der Kreisstadt mussten wir minimale Verluste hinnehmen, behalten jedoch sieben Sitze. Auch in Gre-



vesmühlen stellen wir weiterhin 5 Stadtvertreter_innen. In Gadebusch (3) und Warin (2) mussten wir einen Sitz abgeben. In Neukloster konnten wir hingegen einen Sitz hinzugewinnen (2). In Schönberg sind wir zwar wieder stärkste Kraft, haben aber nur noch vier Sitze in der Stadtvertretung. In Rehna werden wir nicht mehr in der Stadtvertretung vertreten sein, ebenso in Dassow, wo wir keine Kandidaten in Rennen schicken konnten. In Klütz können wir leider nur zwei der drei gewonnen Plätze besetzen. Die Ergebnisse der Dörfer liegen noch nicht alle vor.

Aus jetziger Sicht ist die Bilanz also in einigen Regionen positiv, in anderen eher negativ. Die Gründe dafür gilt es in den kommenden Wochen zu analysieren. Wir müssen uns überall fragen, was z.B. bei der Öffentlichkeitsarbeit unserer Fraktion noch zu verbessern ist. Außerdem muss überall die Gewinnung neuer Mitstreiter_innen im Vordergrund stehen. Von daher sollten nun Sympathisanten und neue Mitglieder möglichst als sachkundige Einwohner_innen verstärkt eingebunden werden.

Neben dem Glückwunsch an alle Gewählten, möchte ich auch allen danken, die es diesmal nicht geschafft haben!

Björn Griese

Für DIE LINKE in den Kreistag gewählt

(v.l.n.r.) Thomas Baudis, Björn Griese, Michael Heinze, Judith Keller, Luise Krüger, Renate Lüders, Simone Oldenburg, Sigrid Sandmann, Dr. Gabriele Sauerbier, Volkmar Schulz und Joachim Wölm

Zahlen und Fakten landesweit

Bei der Kommunalwahl hatte die CDU 33 Prozent der Stimmen auf sich vereint. DIE LINKE kam auf 19,7, die SPD auf 18,9 Prozent. Die Grünen erreichten 5,8, die AfD 4,2, FDP 3,3 und die NPD 3,2 Prozent.

Mit ihrem klaren Sieg gewann die Union ein Drittel aller 520 Mandate in den Kreistagen und in den beiden kreisfreien Städten.

Wie Landeswahlleiterin Doris Petersen-Goes mitteilte, nimmt die CDU künftig insgesamt 170 Sitze ein und ist damit die kommunalpolitisch dominierende Kraft. Dahinter folgen DIE LINKE mit 103 und die SPD mit 100 Sitzen. Beide Parteien mussten Mandate abgeben, wie auch die Grünen, die noch 31 Abgeordnete in den Kreistagen und den Stadträten von Rostock und Schwerin stellen.

Die europakritische AfD, die erstmals zur Kommunalwahl antrat, errang auf Anhieb 22 Sitze, die FDP als größter Wahlverlierer hat noch 18, die rechtsextreme NPD 17 Mandate. 59 Sitze errangen Vertreter kleinerer Parteien, regionaler Vereinigungen oder Einzelbewerber.

Hurra, wir haben es geschafft,

DIE LINKE hat in Neuburg wieder 4 Gemeindevertreter, eine schlagkräftige Truppe!!!

Danke möchte ich als wiedergewählte Bürgermeisterin allen sagen, die mir ihre Stimme gegeben haben. Es macht mich schon stolz und gibt mir die Bestätigung, dass wir in den letzten Jahren viel bewegen konnten. Ich freue mich auf die nächsten Aufgaben, es wird nicht leichter werden angesichts der angespannten Haushalte in den Gemeinden.

Packen wir es an! Gemeinsam schaffen wir es.

Heidrun Teichmann

Mit voller Kraft an die Aufgabe

Vielen Dank den Wählern unserer Gemeinde für das mir entgegen gebrachte Vertrauen. Es hat mir sehr gut getan, so viele Stimmen zu bekommen. Natürlich sehe ich darin auch den hohen Anspruch an meine zukünftige Arbeit als Bürgermeister. Da utopische Versprechungen meiner Ansicht nicht zielführend sind, möchte ich nur betonen, dass ich mit voller Kraft an die vor mir liegenden Aufgaben gehen werde. Mein Dank gilt auch ganz besonders den Helfern in unseren Reihen, die wesentlich dazu beitrugen, dieses Wahlergebnis zu erzielen!

Eckhardt Stelbrink

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband
DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG
Am Schilde 7a, 23966 Wismar
Redaktion:
Sonja Bahlk, Helga Brauer, Horst Neumann, Horst Krumpen, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau und Frank Wuttke
Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.07.2014

Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen den Erfordernissen anpassen

von Dietmar Bartsch, MdB

In der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages für den Haushalt 2014 ist von Seiten der Bundesregierung viel vom Ziel einer „Schwarzen Null“ die Rede. DIE LINKE hält Haushaltskonsolidierung für notwendig und Schuldenreduzierung für richtig. Da, wo wir regiert haben, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, kann man genau sehen, dass wir in diese Richtung agiert haben. Aber ein „Ausgeglichener Bundeshaushalt“ allein, sagt noch nichts über die Qualität des Haushaltes. Unser Position ist eindeutig: Haushaltspolitik muss immer auch einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten. Wenn 2020 zudem die inzwischen im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ (verbietet den Ländern die Aufnahme neuer Kredite) wirksam wird, droht finanzschwachen Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern und deren Kommunen Handlungsunfähigkeit.

Noch in der laufenden Legislaturperiode müssen deshalb Bund und Länder neue gesetzliche Voraussetzungen schaffen, die gewährleisten, dass ab 2020 dem Auftrag des Grundgesetzes folgend, in allen Bundeländern – und ihren Kommunen – gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden.

Für DIE LINKE muss in diesen Diskussionen berücksichtigt werden: Struktur- und finanzschwache Bundesländer und Regionen gibt es sowohl in den alten Bundesländern als auch im Osten. Zugleich ist fast 25 Jahre nach Herstellung der Deutschen Einheit unübersehbar, dass der Osten in vielerlei Hinsicht Nachholebedarf hat und in besonderer Weise gefördert werden muss.

Der Großteil der Ausgaben von Ländern und Kommunen wird durch Bundesgesetze geregelt. Das betrifft z.B. Bildung, Hochschulen, Kindergärten, Sozialhilfe, Polizei, Justiz, öffentliche Infrastruktur u.a.m. Zugleich verfügen die Länder kaum über eigene Steuereinnahmen.

Aber die Einwohnerinnen der Bundesländer sind nicht nur Mecklenburger, Vorpommer, Bayern oder Berliner, Rostocker oder Einwohner aus Ludwigslust-Parchim, sie sind BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland. Als solche haben alle gleichermaßen das Anrecht, dass die Bundesländer ihre Aufgaben in gleichwertiger Qualität erfüllen.

Das gültige Länderfinanzausgleichsgesetz sichert im Wesentlichen ab, dass auch in einnahmeschwachen Bundesländern pro Einwohner etwa die gleichen Einnahmen wie im Bundesdurchschnitt zur Verfügung stehen. Deutlich stärker müssen künftige Regelungen berücksichtigen, dass die einzelnen Bundesländer z.T. extrem unterschiedlich hohe finanzielle Ausgaben, sprich Belastungen haben. Das trifft z.B. für Sozialasten nach SGB II (Kosten der Unterkunft), Ausgaben für benachteiligte Kinder und Jugendliche, für Hochschulen u.v.a.m. zu.

In die Debatten zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs gehört daher unbedingt auch die Frage nach den Kommunalfinanzen. Die per Gesetz von den Kommunen zu bestreitenden Sozialausgaben haben sich in den vergangenen 20 Jahren auf ca. 45 Milliarden € p.a. verdoppelt. Viel zu geringe Einnahmen zahlreicher Kommunen stehen dem gegenüber. Haushaltsdefizite und Anstieg der kommunalen Kassenkredite (Schulden) auf rund 48 Milliarden € sind eine Folge. Hier gilt es ebenso neue Lösungen zu finden und vor allem muss mit Blick auf die Kommunalfinanzen endlich gesetzlich sichergestellt werden, dass keine Bundesgesetze, die finanziell Konsequenzen für Kommunen haben, ohne deren vorherige Mitsprache verabschiedet werden. Es muss konsequent durchgesetzt werden: Wer bestellt – der zahlt (Konnexitätsprinzip).

Diese Überlegungen müssen auch einfließen in die Diskussion über die Neugestaltung des Länderhauptstadtvertrag Schwerin – MV.

Fahrradtour nach Jamel

Dem Aufruf demokratischer Parteien, Organisationen und Vereine, sich am am 1. Mai mit einer Sternfahrt gegen Rechtsextremismus zu positionieren, folgten über 80 Teilnehmer. Die traditionelle Fahrt gegen Rechts wurden in diesem Jahr mit der Eröffnung des Kulturradweges vom Schweriner See zur Ostsee verbunden.

Von Bad Kleinen, Proseken, Grevesmühlen und Wismar kommend, traf sich das bunte Fahrerfeld in Jamel. Im Namen der Initiatoren des Radwegebaus sprach Udo Drefahl zu den Teilnehmern. Er forderte, in Jamel weiter beharrlich für Demokratie und Toleranz zu streiten und den Einfluss der Rechten zurückzudrängen. Anschließend trafen sich die Teilnehmer zum Familienfest in Gressow.

Ostermarsch 2014 in Wismar

Dem Aufruf der Friedensinitiative Wismar zum traditionellen Ostermarsch folgten am Sonnabend den 19. April etwa 100 Bürgerinnen und Bürger. Vom Weidendamm zog der bunte Demonstrationszug durch die Straßen der Innenstadt zur Abschlusskundgebung auf dem Wismarer Markt. Dem Motto „Militarisierung Stoppen“ folgend, dominierten Fahnen mit der Friedenstaube sowie phantasievolle Plakate und Spruchbänder. Monty Schädel von der deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner forderte unter dem Beifall der Zuhörer die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, das Verbot von Waffenexporten und keine Werbung an den Schulen fürs Töten und Sterben.

Mecklenburg-Vorpommern, das Land, für das das eigene Gesetz nicht gilt

Mecklenburg-Vorpommern - das Gesundheitsland.

Mecklenburg-Vorpommern - das Land mit den Kindergesundheitszielen „Chancengleich gesund aufwachsen“.

Mecklenburg-Vorpommern das Land - das in seinem „Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in der „Schulpflegeverordnung“ die Schuluntersuchungen der Kinder und Jugendlichen unter anderem in den Jahrgangsstufen vier und acht rechtlich eindeutig regelt.

Mecklenburg-Vorpommern - das Land, das genau dieses Recht nicht einhält, das Land, das schlicht seine Kinder nicht untersucht.

Das Gesundheitsland hat es vor drei Jahren unglaublicher Weise gerade einmal geschafft, in Nordwestmecklenburg die beachtliche Anzahl von fünf Kindern der Klassenstufe 4 und zwei Kindern der Klassenstufe 8 zu untersuchen.

Das Gesundheitsland kam den selbstgestellten Pflichten in diesem Zeitraum lediglich bei rund 30 Prozent der 14-Jährigen und bei ca. 50 Prozent der 10-Jährigen nach.

Wer die Gesundheit seiner Kinder derart links liegen lässt, wer sein eigenes Recht nicht umsetzt, der ist weit von dem Recht entfernt, sich mit den Bezeichnungen „Gesundheitsland“ oder „Kinderland“ zu schmücken.

Wie will Mecklenburg-Vorpommern seine Kindergesundheitsziele umsetzen, wenn es nicht einmal weiß, wie krank seine Kinder sind?

Achtlos ist die Landesregierung auch bei der Umsetzung der gesetzlichen Pflicht, Förderschülerinnen und Förderschüler jährlich ärztlich untersuchen zu lassen.

Diese Kinder werden weder jährlich noch flächendeckend in den Jahrgangsstufen vier und acht untersucht.

Das ist ein Gesetzesverstoß.

Mecklenburg-Vorpommern hält diese gesetzliche Pflicht wissentlich nicht ein, ignoriert sie sogar und versucht, es weiterhin unter dem Mantel bedrückter Mienen und fadenscheiniger Ausreden auch noch zu erklären und zu rechtfertigen.

Der Anteil jener Kinder, die unter Übergewicht und Adipositas leiden, steigt jährlich kontinuierlich.

Schicke Versprechungen und Ankündigungen verfehlen ihre Wirkung, denn jedes dritte untersuchte Kind, ob in Klasse 4 oder in Klasse 8, ist übergewichtig oder krankhaft dick.

Die papierenen Maßnahmen helfen den Lehrerinnen und Lehrern nicht, diese beeinträchtigten Kinder so zu unterrichten und zu fördern, dass sie unbeschwert lernen können, einen Schulabschluss erzielen und erfolgreich in das Berufsleben starten, wenn sie dazu gesundheitlich nur eingeschränkt in der Lage sind.

Wir haben die Pflicht, jedes Kind zu untersuchen, ihm dann medizinische Unterstützung zu gewähren, bevor es dem Unterricht durch gesundheitliche Einflüsse nicht folgen kann.

Die Landesregierung versagt durch ihr ignorantes Verhalten den Kindern und Jugendlichen nicht nur die ihnen zustehenden Untersuchungen, sondern auch eine unbeschwerte und vor allem gesunde Entwicklung.

Für uns ist es wesentlich wichtiger, Ärzte und Krankenschwestern einzustellen, um gesunde Kinder zu haben, als mit Rücklagen vermeintlich die Zukunft des Landes zu stärken.

Unser Antrag, der die Landesregierung aufgefordert hat, umgehend die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass jede vorgeschriebene kinder- und jugendärztliche Schuluntersuchung landesweit und kontinuierlich durchgeführt werden kann, wurde in der April-Landtagssitzung abgelehnt.

Simone Oldenburg, MdL

Vergessen wäre die letzte Grausamkeit, die wir den Opfern antun können!

Aus diesem Grund fand am 10. Mai die 8. Cap-Arcona-Gedenktour zu den Gedenkorten Grevesmühlen und Groß Schwansee statt.

Vor dem Start zur Radtour nahmen viele der aktiven Radler und Einwohner aus Grevesmühlen und Umgebung an der Gedenkveranstaltung am Ehrenmal in Grevesmühlen teil. Hugo Rübesamen, Vorstand der Mecklenburger Anstiftung, wies in seinen Worten auf die Bedeutung dieser Veranstaltung hin und bekräftigte das Anliegen des Cap Arcona Förderkreises vor allem jungen Leuten das Wissen über dieses furchtbare Geschehen zu vermitteln.

Anschließend legten Vertreter des Kreises sowie Parteien und Verbänden Kränze nieder. Nach Beendigung der Gedenkfeier starteten die Radler zur Tour nach Groß Schwansee. Auch unser Landratskandidat Björn Griese war unter den Aktiven.

Von Helga Brauer

SPD und CDU wollen Volksbegehren gegen Gerichtsstrukturreform nicht unterstützen

Dass SPD und CDU sich in den letzten Wochen so gebärdeten, als seien sie an der Seite der Kommunen während sie im Kreistag die Unterstützung des Volksbegehrens gegen die Gerichtsstrukturreform ablehnen, lässt tief blicken. Mit dem Antrag von LINKEN und Grünen wollten wir nicht mehr und nicht weniger erreichen, als dass die Unterschriftslisten in der Kreisverwaltung ausgelegt werden, um schnell die erforderlichen 120.000 Unterschriften zusammen zu bekommen.

Warum soll in der Kreisverwaltung nicht möglich sein, was z.B. in unserem Nachbarkreis Ludwigslust -Parchim praktiziert wird? Oder im Grevesmühlener Rathaus? Dort können Einwohnerinnen und Einwohner ihre Unterschrift leisten, die sich auch dagegen richtet, dass das nagelneue Amtsgericht Grevesmühlen durch die SPD-CDU-Reform zur Zweigstelle degradiert wird und damit kaum mehr als ein Archiv sein kann.

Gerne hätte ich den Kreistagskollegen und Bürgermeister von Grevesmühen, Jürgen Ditz, um seine Meinung gefragt und gesehen, wie er sich in der Abstimmung verhält. Doch er war zur letzten Kreistagssitzung vor der Wahl nicht anwesend. Half er vielleicht gerade den Mitgliedern des SPD-Ortsverbandes beim Unterschriftensammeln? Dann hätte er Sinnvolleres getan als seine SPD- und die CDU-Fraktion im Kreistag, die ohne jegliche Debatte unseren Antrag ablehnten. Selbst der amtierende Landrat, Gerard Rappen (CDU), sagte nichts dazu, dass er bereits vor Wochen die Unterschriftslisten an die Initiatoren des Volksbegehrens zurückschickte, nachdem sie ihn um Auslegung in der Kreisverwaltung baten. Auch wenn er es nach dem Gesetz nicht tun muss, so dürfte er es doch. Sein kleinlauter Wunsch, dass die Reform Grevesmühlen verschont hätte, war wohl dem Wahlkampf geschuldet.

DIE LINKE hat zusammen mit anderen weiter Unterschriften gesammelt. Offiziell zählt der Richterbund momentan knapp 55.000 eingegangene Unterschriften. Sicher sind einige noch auf dem Weg, sodass eher davon ausgegangen werden kann, dass bereits heute die Hälfte des Quorums erreicht ist. Die Divise heißt also: Fleißig weitersammeln! Danke für Eure Unterstützung!

Björn Griese

100 Jahre Krieg

Erinnerungen an den 100. Jahrestag des Beginns des 1.Weltkrieges sollte man in den Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag des 2. Weltkrieges und die aktuelle Bedrohung durch einem möglichen dritten stellen.

Nennen muss man in erster Linie die Verursacher dieser Menschheitskatastrophen. Man findet trotz des großen Zeitraums von 100 Jahren immer die gleichen Täter, natürlich nicht in Person aber in ihrer Funktion als Akteure, die den Reichtum der Banken und Konzerne immer weiter zu steigern trachten.

Friedrich Krupp gehörte als „Kanonenkönig“ zu den größten Gewinnern des 1.Weltkrieges.

Friedrich Flick verfügte nach dem 2.Weltkrieg über das größte Industrieimperium in Deutschland und war reichster Deutscher.

Wenn Lenin den Krieg als ein Wesensmerkmal des Imperialismus bezeichnete, hat sich dies in den vergangenen 100 Jahren vielfach bestätigt. Die Kriege werden in ihrer Ausdehnung, im Umfang der Zerstörungen und der Zahl der Menschenopfer immer größer. Da ein dritter Weltkrieg unweigerlich ein atomarer sein würde, steht im Unterschied zu den beiden ersten, die Existenz der Menschheit auf dem Spiel. Das wissen auch die Kriegstreiber und versuchen, mit einer Vielzahl von Kriegen am Rande eines allumfassenden Konflikts ihre Ziele zu erreichen; - kein Weltkrieg, aber ein Krieg in aller Welt. Betroffen sind besonders die Länder des Nahen Ostens, Afrikas und Asiens.

Nach dem langen Krieg in Vietnam folgten, vor allem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, Kriege gegen Irak, Jugoslawien, Afghanistan, Somalia, Libyen, Mali, Syrien u.a.m. Zurück blieben zerstörte Länder, in denen der Tod durch militärische Gewalt zum täglichen Leben gehört.

Aktuell wird versucht, in der Ukraine einen Unruheherd an den Grenzen des starken russischen Staates zu schaffen. Russland widersetzt sich dem Machtanspruch des US-Imperiums. Seine umfangreichen Bodenschätze und Ressourcen sind aber für die imperialen Großmächte zu attraktiv, um Ruhe zu geben. Ähnliches gilt für China. Schließlich ist es die Aneignung der Reichtümer der Völker, um die es in den Kriegen vor allem geht.

Ein Vergleich von Kriegszielen macht das deutlich. Im 1. Weltkrieg strebte Deutschland danach, Polen und die Ukraine, am besten auch Georgien und die baltischen Staaten aus dem Zarenreich herauszubrechen. (s. Jörg Kronauer auf der Rosa-Luxenburg-Konferenz 2014).

Peill, Besitzer der größten deutschen Gasfabrik und Mitglied des Beraterkreises Hitler, erklärte 1932: “Russland muss weg. Wir werden es in die Zange nehmen, im Norden über das Baltikum, im Süden über den Balkan – bis nach Baku zu unserem Öl.“

1973 war vom damaligen USA-Verteidigungsminister Schlesinger zu vernehmen:“ Das Ergreifen der Ölfelder steht stets an erster Stelle des Denkens der Amerikaner, wenn sie von Gewaltwendung sprechen“.

Steinmeier sagte auf der Konferenz sozialdemokratischer Parteifreunde aus ganz Europa im November 2006: „Der Kampf um immer knapper werdende Rohstoffe und Ressourcen birgt ein erhebliches Konfliktpotential“... „Die globale Konkurrenz bedroht europäische Sozialstandards“...“..Europa kann und wird nur dann eine Friedensmacht sein und bleiben, wenn wir auch die entsprechende politische, wirtschaftlich und in Grenzen auch militärische Stärke auf die Waagschale bringen“.

Doch nicht nur die Eroberungen durch Kriege bringen hohen Gewinn für ihre Verursacher. Bereits Kriegsdrohungen fördern das lukrative Waffengeschäft.

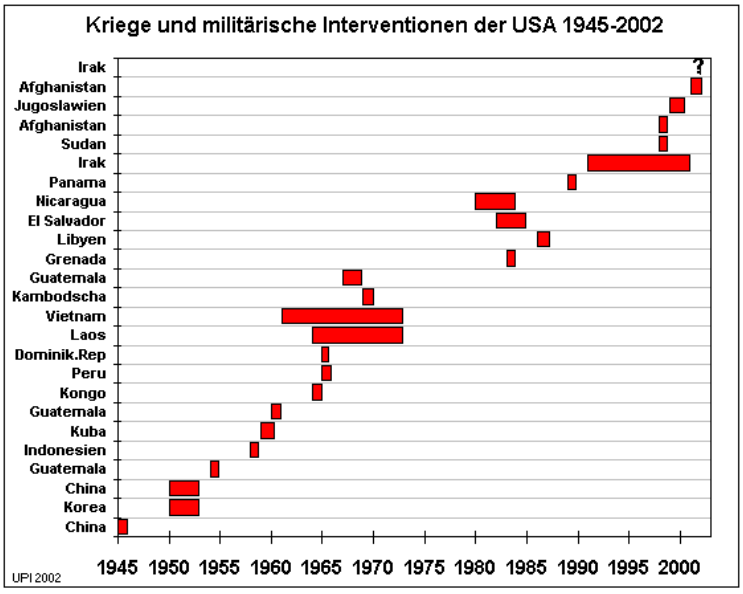
Vergessen sollten wir auch nicht, dass vor und im Krieg der arbeitende Mensch die höchste Form der Ausbeutung erfährt. Er muss die Waffen produzieren, sie mit seinen Steuergeldern bezahlen und als Soldat sein Leben einsetzen, um den Reichtum der Wenigen zu mehren.

Zu den Lehren aus dem 1. Weltkrieg und den Kriegen in den folgenden 100 Jahren gehört es, die Kriegstreiber und ihre Ziele zu benennen und sich der Kriegsführung zu verweigern.

Heute bergen alle Kriege, auch unterhalb eines atomaren Infernos die Gefahr, infolge von irrationalem Denken oder technischem Versagen diese Grenze zu überschreiten. „Menschen seid wachsam“ schrieb Julius Fucik vor seiner Hinrichtung angesichts von Faschismus und Krieg. „Wehrt Euch“, möchte man hinzufügen.

Horst Neumann

Die folgende Grafik zeigt eine Zusammenstellung der Kriege und militärischen Interventionen der USA seit dem 2. Weltkrieg. Mit Ausnahme der Amtszeit von Jimmy Carter nach dem Vietnamkrieg befanden sich die USA fast andauernd im Kriegszustand.



Großartiger Tag der Arbeit in Warin

Von Ute Spriewald

Die Wariner Maifeier war in diesem Jahr wieder ein regionales Großereignis. Bei strahlendem Sonnenschein strömten wieder weit über 1000 Menschen zum Sportplatz. Im Kommunalwahljahr mussten die drei linken Stadtvertreter nicht wie sonst lange Überzeugungsarbeit leisten, um für das Stattfinden der Maifeier zu werben. Gern übernahm der CDU-Bürgermeister Michael Ankermann die Schirmherrschaft. An der Vorbereitung beteiligten sich alle Fraktionen, die Vereine sowie Kita "Kinderland" und Schule. So entstand wieder ein buntes Kultur- und Sportprogramm und ein reiches kulinarisches Angebot.

Die Landratskandidaten Björn Griese, Herr Rappen und Frau Weiss warben für sich und die vier Bürgermeisterkandidaten für Warin stellten sich vor. Über die Reihenfolge entschied das Los. Während Peter Gossel (Wählervereinigung Für Warin) betonte, dass er als Vorgänger-Bürgermeister das jetzt in der Erschließung befindliche Baugebiet am Wariner See angeschoben habe und dass das neue Nahverkehrskonzept des Kreises die Anbindung Warins verschlechtert und Radwege unberücksichtigt lässt. Er redete allerdings so langsam, dass die Zuhörer schon unruhig wurden.

Als zweiter stellte sich unser Kandidat Andreas Spriewald (Foto rechts) vor. Er wünschte sich noch mehr sachorientierte Arbeit, auch parteiübergreifend zum Wohle Warins. Er betonte, dass die Arbeit nicht einfacher werden wird, wenn künftig möglicherweise ein NPD-Mitglied in der Stadtvertretung sitzt wird. Er verwies auf unseren Flyer mit dem Wahlprogramm und lud zum Gespräch am Infostand ein.

Der SPD-Kandidat Christian Mews ließ kein gutes Haar an der bisherigen Kommunalpolitik und auch an den erfolgten Infrastrukturprojekten. Er kritisierte die im Bau befindliche Fischtreppe und den unpassenden englischen Stil des Kords-Park. Nur wusste der zugezogene Mews offenbar nicht, dass die Wariner stolz auf ihren englischen Garten sind, der gerade nun in mehreren Abschnitten wieder sein altes Gesicht bekommt.

Michael Ankermann nutzte seinen Amtsbonus geschickt. Er zählte seine Erfolge schon bei der Eröffnung der Maifeier auf und konnte als letzter Redner auf die anderen Redebeiträge reagieren. Skandalös jedoch, dass er auch die Farbe braun erwähnte bei seiner gewollten parteiübergreifenden Zusammenarbeit.

Eines steht wohl fest. Für die Menschen in der Region ist der 1. Mai auf dem Wariner Sportplatz eine feste Adresse geworden mit Angeboten für die ganze Familie. Und für die Vereine ist es die Gelegenheit sich zu präsentieren. Diesen Erfolg können wir LINKEN uns auf die Fahne schreiben.

Frühlingsfest in Gadebusch

Nach dem Regen der vergangenen Tage hatte Petrus Erbarmen. Das Gadebuscher Frühlingsfest wurde von Wind und Regen verschont. Ca. 60 Gadebuscher nahmen die Gelegenheit wahr, sich über die Kommunalpolitik der LINKEN in ihrer Heimatstadt zu informieren. Als Gäste konnten wir den Kandidaten der Linkspartei für das Amt des Landrates, Björn Griese und den Kreisvorsitzenden Roy Rietentidt begrüßen.

Bei Bratwurst, Kaffee und Kuchen nutzten viele Besucher die Gelegenheit, um mit den Kandidatinnen und Kandidaten ins Gespräch zu kommen. Björn Griese warb in einer kurzen Rede für sich und für die Kandidaten der LINKEN, zur Wahl der Gemeindevertretungen, der Stadtvertretungen, des Kreistages und zum Europäischen Parlament. Die anwesenden Kandidaten nutzen die Gelegenheit, um sich kurz vorzustellen und für sich zu werben.

Auch dieses Jahr fehlte die vom Arbeitslosenverband liebevoll organisierte Tombola nicht. Es gab viele attraktive Preise zu gewinnen. Der erste Preis war eine Reise zum Europäischen Parlament für 2 Personen nach Brüssel bzw. Straßburg. Der zweite Preis war eine Übernachtung für 2 Personen im Schlafwagen des ehemaligen DDR Regierungszugs, denn ab dem 23. Mai wird Gadebusch um eine Attraktion reicher sein. Künftig können Gäste einmal wie Staatsoberhäupter in einem Salon-Schlafwagen nächtigen. Der dritte und vierte Preis waren ein Büchergutschein und ein Essen in einer Gadebuscher Gaststätte. Auch alle anderen Preise fanden ihren Gewinner – getreu nach dem Motto: Mit der LINKEN kann man nur gewinnen.

Und dann gab es auch noch eine Begebenheit, die uns für die kommende Kommunalwahl zuversichtlich gestimmt hat. Ein Besucher sagte, dass in seinem Dorf kein Plakat der Linkspartei hängt. Nun werden es 10 sein. Des weiteren bat er um Wahlmaterialien um diese verteilen zu können. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig solche öffentlichen Veranstaltungen sind.

von Thomas Konieczny und Jörg Möller

Parteileben – ein Teil unseres Lebens

Am 12. März in Bobitz mit Gästen über Ansprüche zu beraten, die wir mit den „Ansätzen für unsere Arbeit“ in diesem Jahr (Ausgabe 01/14 verbinden wollen, war für uns Mitglieder der AG Seniorenpolitik eine Herausforderung. Die Frage nach dem „Wir?“ brachte ganz persönliche Erfahrungen in unseren Meinungsaustausch:

Es kam „Leben auf“, als organisierte und zufällige Gesprächsrunden zu einer Chronik über die Geschichte der Dörfer um Bobitz nachvollzogen wurden. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsaussichten des eigenen und unmittelbaren Lebensbereiches ließen eine orts- und selbst personenbezogene Diskussion zu, wie sie „sonst“ kaum erreicht wird. Es sind der familiäre Rahmen, das Unter-sich-sein, die Grenzen, Vorbehalte gegenüber Meinungsäußerungen etwas weiter zurück schieben: ... so habe ich das bisher nicht gekannt und auch nicht beurteilt. ... Gut, dass sie so offen darüber sprechen ... hatte bisher Bedenken, mich zu äußern. Komme gerne wieder. Aber auch Konfrontation blieb nicht aus.

Unterschiedlicher und widersprüchlicher hinsichtlich von Lebenserfahrungen, -auffassungen und –alter können Gesprächsrunden nicht sein, wie sie sich zum „Krankenhaus Schönberg im Wandel der Zeiten“ zusammen fanden. Auch hier sind es gemeinsame persönliche Bezüge, aktives Mitgestalten, die den Gesprächen einen breiten Rahmen ermöglichen. Auch hier kritischer Meinungsstreit. Aber auch Auseinandersetzung zu vorgetragenen Ansichten Dritter, die den Eindruck fehlerhafter und falscher sog. offizieller Quellen erwecken. Die Resonanz reicht von der Bereitschaft, beweiskräftige Richtigstellungen zu überdenken bis hin zur empörten Ablehnung, diese überhaupt zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Mir selbst obliegt die undankbare Aufgabe, es bei dieser knappen Zusammenfassung von nur zwei Beiträgen aus unserer Gesprächsrunde zu belassen. Das wesentliche sehe ich darin, dass die Mitglieder unserer AG persönliche Neigungen zum Gegenstand ihres politischen Wirkens machen. So schaffen wir uns in unserem Lebensbereich auf Vertrauen beruhende vielfältige Kontakte, zu denen sonst kaum ein Weg führen würde.“ Damit hatten wir zum „Wie?“ für unseren Arbeitsplan eine wichtige Antwort. Wir wenden uns zu den einzelnen Vorhaben an Basisorganisationen, um mit ihnen gemeinsam eine territoriale Basis für unsere Veranstaltungen zu finden.

Erfreulich ist, dass der Vorstand der BO Schönberger Land Interesse an einer gemeinsamen Gesprächsrunde mit Vertretern des Landeskriminalamtes „Zum Schutz vor kriminellen Gefahren im täglichen persönlichen Leben“ hat. Wir werden darüber berichten.

Mit der Weiterführung unserer Diskussion zum Artikel des Gen. Dr. Aurich (Ausgabe 6/13) bereiteten wir uns gleichzeitig auf eine Zusammenkunft mit Gen. Dietmar Bartsch am 21.03. in der Geschäftsstelle in Wismar vor:

Unsere Gesprächsrunde gestaltete sich zu einem äußerst intensiven Meinungsaustausch zu unterschiedlichen Themen unserer programmatischen, wie praktischen Parteiarbeit, insbesondere auch zur Wahrnehmung der Verantwortung auf parlamentarischem Gebiet.

Es ging um die Kompetenz unserer Partei auf sozialem Gebiet und im Bereich der Bildung, um unsere Friedenspolitik, wie auch um die komplizierten Prozesse bei der Bestimmung unserer Position zu Grundfragen der Gesellschaftsstruktur, auch aus der Sicht der Europapolitik. Was wir besonders schätzen, war die sehr differenzierte Diskussion zur intellektuellen Infrastruktur, ihren historischen Wurzeln, verbunden mit gegenwärtigen Tendenzen und Erscheinungen.

Wesentlich der Zusammenhang mit dem Anschluss der DDR an die BRD und der offen ausgesprochenen Absicht der Delegitimierung der DDR. Für uns ergeben sich äußerst interessante Ansätze für die Weiterführung der Diskussion.

Wie in Wismar, sind uns auch weiterhin Mitglieder aus den BO immer herzlich willkommen.

Anzumerken wäre noch unser Bedauern zum Ausbleiben unserer geladenen Gäste. Unsere Auffassungen z.B. zum Parteileben in Vorbereitung und Durchführung des Wahlkampfes wären einen Dialog zwischen den angekündigten Mitgliedern des Kreisvorstandes und der AG wert gewesen.

Kurt Dombrowski
AG Seniorenpolitik

Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Mai und Juni 2014 Geburtstag hatten und haben.

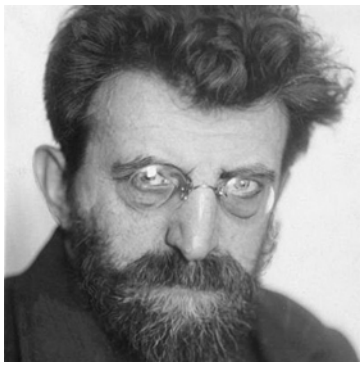
Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genossin Hertha Uther zum 94. Geburtstag. Genossin Barbara Runge gratulieren wir zum 89. und Genossin Meta Grünholz und Genossen Walter Müller wünschen wir alle Gute zum 86. Auf 85 Jahre blickt Genosse Herbert Gärtner zurück und zum 84. gratulieren wir den Genossen Helmut Kownatzki und Heinrich Baudis. Zum 83. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Genossen Ernst Lehmkuhl. Herzliche Glückwünsche zum 82. Geburtstag senden wir Genossin Henny Deuter und zum 81. gratulieren wir Genossin Ruth Bangsow und Genossen Horst Blank. Zum 80. Geburtstag erhält Genossin Elsa Steinhauer alle guten Wünsche. Zum 65. gehen herzliche Glückwünsche an Genossin Gisela Bruhn und zum 50. gratulieren wir Genossin Heidrun Rose.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

Es setzen sich nur so viel Wahrheiten durch, als wir durchsetzen; der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein. *Bertolt Brecht*

Erich Kurt Mühsam – vor 80 Jahren ermordet

Am 10. Juli 1934 brachten SS-Schergen den anarchistischen Schriftsteller Erich Mühsam im KZ Oranienburg um, wohin sie ihn noch in der Nacht des Reichstagsbrands verbracht hatten.



1878 als Sohn eines Lübecker Apothekers geboren, betätigte er sich schon früh publizistisch und wurde „wegen sozialistischer Umtriebe“ vom Lübecker Gymnasium geschasst. Er entwickelte sich bald zu einem scharfzüngigen Kritiker am deutschen Militarismus und - oft satirisch überhöht – am bigotten Bürgertum. Nach Deutschlands Niederlage im I. Weltkrieg war er maßgeblich an der Ausrufung der Münchener Räterepublik beteiligt, wofür er zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt wurde. Infolge einer Amnestie kam er nach fünf Jahren frei, setzte seine publizistische Tätigkeit fort und trat in der Roten Hilfe für die Freilassung politischer Gefangener ein, was ihm den Hass reaktionärer Kreise, vor allem der Nazis einbrachte. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird sein Andenken – gemeinsam mit der Mühsamgesellschaft Lübeck und dem Volkskundemuseum Schönberg - am 22. Mai in Schönberg mit einem musikalisch-literarischen Abend ehren, an dessen Zustandekommen und Gestaltung Günter Bruns maßgeblich beteiligt ist. Vor hundert Jahren, nach Ausbruch des I. Weltkriegs empörte sich Erich Mühsam mit nachstehendem Gedicht:

Entlarvung

Europa hat sich abgeschminkt.
Befreit von Rouge und Puder,
steht eklig da das Luder
und faucht und stinkt.

Den Schnürleib sittlicher Kultur
Warf sie zum Kunstkorsette.
Statt Rippen Bajonette
Hält feil die Hur.

Europa, mach das Hemde zu!
Der Anblick deiner Nacktheit
Ist Gift und Abgeschmacktheit.
Krepiere du!